Waffengesetz, *return on investment, DSR Bank,* Militarisierung und Rüstungsspirale in Luxemburg:

Verteidigung geht uns alle an!

In Luxemburg werden grundlegende rüstungs- und sicherheitspolitische Weichen umgestellt, ohne einen breiten öffentlichen Diskurs dazu. Das Zusammenspiel zwischen Regierung und Rüstungsindustrie riskiert die Eigendynamik einer Rüstungsspirale in Gang zu setzen. Die Kommission Justice et Paix Luxembourg (J&P) zeigt diese Weichenstellungen auf und fordert Transparenz und einen breiten gesellschaftlichen Dialog zur Sicherheitspolitik.
Die Gefahren, die von den aktuellen globalen Entwicklungen ausgehen, werden auch in der neuen Enzyklika Magnifica Humanitas von Papst Leo XIV angesprochen: "Ein entscheidendes Element der gegenwärtigen Lage ist das Wachstum der Rüstungsindustrie, die in einigen Ländern zu einem Schlüsselsektor der Wirtschaft geworden ist. Die enge Verbindung zwischen wirtschaftlichen Interessen, politischen Entscheidungen und Militärapparat schafft eine „bewaffnete Nation", in dem Krieg fast wie eine natürliche Fortsetzung der Politik erscheint und der Rüstungsmarkt zu einer eigenständigen Triebkraft für kriegerische Entscheidungen wird. ... In diesem Sinne gibt es auch eine wirtschaftliche Logik, die dazu beiträgt, Spannungen in verschiedenen Regionen der Welt zu schüren[1]."

Jeder zweite dafür, jeder dritte sagt Nein zu Aufrüstungsausgaben in Luxemburg

Laut Polindex Studie 2025[2] waren 47% damit einverstanden und 35% dagegen, dass die luxemburgische Regierung das Verteidigungsbudget auf 3 % oder sogar 4 % des Bruttonationaleinkommens im Rahmen der europäischen Verteidigungspolitik erhöht.[3] Die größten Gegner dieser Politik sind die 18- bis 34-Jährigen.
Zum Zeitpunkt der Studie war noch nicht bekannt, dass es zu einer Erhöhung des Verteidigungsbudgets auf 5% des Bruttonationaleinkommens kommen wird. 5% bedeuten mittelfristig, dass jeder zehnte Euro des Staatshaushaltes in den Militär- resp. Verteidigungsbereich fließen wird. Auch angesichts dieser Zahlen – was Umfragewerte und Budgetauswirkung mit einem explosionsartigen Anstieg der Militär – und Verteidigungsausgaben anbelangt - wäre eine breit angelegte Konsultation in Luxemburg angebracht. Es stellt sich darüber hinaus allgemein auch die Frage nach einer Gesamtstrategie im Verteidigungsbereich.

Die sicherheitspolitische Perspektive: Viel hilft viel?

Die Ziele, die auf dem Nato-Gipfel im Juni 2025 in Den Haag vereinbart wurden, beschleunigen die weltweite Rüstungsspirale (vgl. SIPRI Berichte der letzten Jahre über Military Spending www.sipri.org). Der Hauptanteil des weltweiten Anstiegs der Militärausgaben im Jahr 2025 ist auf den Anstieg in Europa zurückzuführen, und zwar um 14 Prozent auf 864 Milliarden US-Dollar. Die laufenden Rüstungsbemühungen der europäischen NATO-Mitglieder führten zum stärksten jährlichen Ausgabenwachstum in Mittel- und Westeuropa seit dem Ende des Kalten Krieges.
Die luxemburgische Regierung hat sich bereits vor dem NATO-Gipfel im Juni 2025 bedingungslos zu dem 5% Ziel verpflichtet. Bei aller berechtigten Sorge gegenüber den Kriegsstrategien der russischen Regierung, weist die Studie „Wann ist genug genug?" auf die bereits jetzt vielfache militärische Überlegenheit der NATO gegenüber Russland hin. Diese Studie, erstellt u.a. vom renommierten Prof. Herbert Wulf[4], wirft brennende Fragen auf, die uns alle angehen: „Sind derartige Mehrausgaben tatsächlich nötig, ... oder findet eine unverhältnismäßige Aufrüstung statt, die berechtigte Sorgen um die Sicherheit der Nato-Staaten überkompensiert? Das Prinzip „Viel hilft viel" ist kein erfolgversprechender sicherheits- und

[1] https://www.vatican.va/content/leo-xiv/de/encyclicals/documents/20260515-magnifica-humanitas.html#Waffen_und_KI_

[2] https://www.chd.lu/de/node/3159

[3] Ausländische Einwohner befürworten diesen Vorschlag mit 54 % deutlich stärker.

[4] Friedens- und Konfliktforscher ehem. Leiter des International Center for Conversion (BICC), Berater des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen UNDP zu Abrüstungsfragen und Waffenkontrolle,der auch am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) forschte

militärpolitischer Ansatz zur Bestimmung der notwendigen Militärausgaben."[5]. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass die europäischen NATO-Staaten (inklusive Kanada) Russland bei den konventionellen Streitkräften, den Rüstungsausgaben und der Rüstungsindustrie bereits deutlich überlegen sind.
Auf Einladung von Justice et Paix Luxembourg, Friddens- a Solidaritéitsplattform und Greenpeace Luxemburg wurde diese Studie am 21. Oktober 2025 in Luxemburg vorgestellt und diskutiert. Ein wichtiger Schritt zur dringend notwendigen gesellschaftlichen Debatte. Dabei wurde deutlich, dass viele Herausforderungen in der Verteidigungsbereitschaft wie z.B. fehlende Koordination, nationale Partikularinteressen... sich nicht mit dem Scheckheft lösen lassen. Gleichzeitig droht eine Rüstungsspirale mittelfristig anderen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, wie Soziales, Bildung und ökologischer Transformation, Gelder zu entziehen. Ein Positionspapier[6] zur in der Rede zur Lage der Nation von Premierminister Frieden vorgestellte Defense, Security, and Resilience Bank beschreibt dieses Dilemma bereits 2024, da entsprechende Ausgaben „ im Wettbewerb mit wichtigen sozialen Ausgaben stehen"[7].

Die rechtliche Perspektive: Mit neuem Waffengesetz hin zur nationalen Produktion von tödlichen Waffensystemen

In ihren Empfehlungen „Lux 4 defence" hat die Chambre de Commerce bereits im April 2025 gefordert, „die rechtlichen Restriktionen für die Entwicklung einer Verteidigungsindustrie aufzuheben." Das luxemburgische Recht sei nach wie vor ungeeignet für die Entstehung einer Rüstungsindustrie.
Recht ist aber auch in Luxemburg zuvorderst der Menschenwürde und den Menschenrechten verpflichtet und nicht der Entstehung einer Rüstungsindustrie. Waffen sind Gewaltmittel und der Staat ist im Rahmen seines staatlichen Gewaltmonopols zur Kontrolle des Besitzes und des Umgangs damit verantwortlich. Die bisherige Praxis der Rüstungsexportpolitik hat gezeigt, dass Rüstungsexporte auch aus EU-Ländern zu offensichtlichen Kriegsverbrechen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht beigetragen haben. Die Verhandlungsposition des EU-Parlaments zum Omnibuspaket im Bereich Verteidigung hätte sogar eine Schwächung der nationalen Waffenausfuhrkontrollsysteme unter dem Vorwand der „Vereinfachung" zur Folge gehabt. Zudem ermutigt die EU-Kommission die Investoren sogar dazu, die Rüstungsindustrie als einen „normalen" Sektor zu betrachten, der sogar zur „sozialen Nachhaltigkeit" beitragen könnte. Rüstung und Rüstungstransfers sind deshalb nicht zuerst eine wirtschaftliche Angelegenheit. Mögliche negative Folgen von Rüstungsgeschäften für Frieden und menschliche Entwicklung erfordern eine wirksame Rüstungs-(export)kontrolle, die ausdrücklich die Perspektiven von Friedenssicherung und Abrüstung miteinschließen. Heute sind viele Unternehmen in Luxemburg im ‚Dual-Use'-Bereich unterwegs, aber jetzt soll es mit großen Schritten hin zur Entwicklung von rein militärischen Produkten und Kapazitäten gehen.

Das Waffengesetz soll in Luxemburg geändert werden, laut Wirtschaftsminister Lex Delles noch vor dem Sommer 2026. Es soll „dort stehen, unter welchen Bedingungen was produziert werden darf, welche Genehmigungen notwendig sind." Weiterhin sollen „klare Kontrollen für die Unternehmen, die hier produzieren" kommen. Es stellt sich die Frage, wie diese Kontrollen aussehen sollen und inwieweit humanitäres Völkerrecht und menschenrechtliche Sorgfaltspflicht eine Rolle in diesem Hochrisikosektor spielen werden. Besonders bei Unternehmen, die in solch einem Hochrisikosektor arbeiten, müsste eine besondere menschenrechtliche Sorgfaltspflicht gelten und dies nicht erst in Unternehmen ab 5000 Mitarbeiter (so wie in der CSDDD vorgesehen)!
Angesichts fehlender Standorte ist es ausgeschlossen, dass in Luxemburg große Kriegswaffen wie Schiffe oder Flugzeuge produziert werden. Es geht den politisch Verantwortlichen vielmehr darum „Innovationen nach Luxemburg zu holen", wobei immer noch nicht klar ist, worin diese Innovationen liegen. Laut Pressemitteilung heißt es allgemein, dass eine jährliche Aufstockung der Verteidigungsausgaben um +0,1 % bis 2029 erfolgt und investiert wird in Raumfahrt, Cybersicherheit, Aufstellung des binationalen belgisch-luxemburgischen Kampfaufklärungsbataillons sowie Luft- und Raketenabwehrkapazitäten[8].
Das im April 2026 vorgestellte Strategiepapier der Regierung gibt aber Hinweise, wo die Reise hingeht. Mit einer möglichen Drohnenentwicklung könnte Luxemburg gefährliches Terrain beschreiten: Dies könnte den Einstieg in die Produktion von autonomen tödlichen Waffen bedeuten. Die Zukunft der

---

[5] https://www.greenpeace.de/frieden/kraeftevergleich-nato-russland

[6] https://www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/report/how-a-new-global-defense-bank-can-solve-us-and-allied-funding-problems/

[7] https://www.dsrb.org/what-is-the-dsrb

[8] https://gouvernement.lu/fr/gouvernement/yurikobackes/actualites.gouvernement2024+fr+actualites+toutes_actualites+communiques+2026+05-mai+20-backes-defense-2029.html

Drohnenentwicklung sieht z.B. auch eine KI gestützte Lenkung und Einsatz von bewaffneten Drohnen vor, die in Schwärmen losgeschickt werden können. Auch hier riskiert Forschung und Entwicklung höchst gefährliche und friedensethisch umstrittene Wege zu beschreiten.
In der neuen Enzyklika Magnifica Humanitas mahnt Papst Leo XIV an: „Daher ist es nicht zulässig, tödliche oder jedenfalls irreversible Entscheidungen künstlichen Systemen anzuvertrauen. … KI mindert nicht die dem bewaffneten Konflikt innewohnende Unmenschlichkeit; sie kann ihn lediglich schneller und unpersönlicher machen, die Schwelle für den Rückgriff auf Gewalt senken und Verteidigung in operative Vorhersage verwandeln, wobei Opfer auf Daten reduziert werden". Für Papst Leo XIV reicht es zudem nicht aus, sich allgemein auf Ethik zu berufen: „Es müssen genaue Kriterien für die Urteilsfindung benannt werden…Wenn die Entscheidung zum Angriff automatisiert oder undurchsichtig wird, steigt das Risiko des Verlusts von Verantwortlichkeit. Deshalb muss die Verantwortungskette identifizierbar und überprüfbar bleiben.[9]"
Die vorherige Regierung hatte einen zweistufigen Ansatz diesbezüglich vorgesehen („Two-tier approach"):

- Verbot des Einsatzes und der Entwicklung von Autonomen Waffensystemen, die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht und insbesondere dem humanitären Völkerrecht stehen.
- Regulierung aller anderen autonomen Waffensysteme, um die Einhaltung des Völkerrechts zu gewährleisten.

Zwei Schlüsselprinzipien wurden hier angeführt zur Gewährleistung der Einhaltung des Völkerrechts: Angemessene menschliche Kontrolle und menschliche Verantwortung.

In ihrem Antwortschreiben auf eine parlamentarische Anfrage im Oktober 2025 schrieb die Verteidigungsministerin, dass nicht geplant sei, ohne eine Risikoanalyse autonome Waffensysteme anzuschaffen oder zu nutzen[10]. Ein halbes Jahr später präsentiert die Regierung ein Strategiepapier[11], wo die Produktion von autonomen Waffensystemen möglich wird. Es stellt sich die Frage, ob diese Risikoanalyse stattgefunden hat, was gegebenenfalls das Resultat war und in welchem Umfang die zwei Schlüsselprinzipien weiterhin gelten (angemessene menschliche Kontrolle und menschliche Verantwortung). Es wird darauf hingewiesen, dass „alle Systeme mit integrierter KI zudem die ethischen und politischen Kriterien für autonome Waffensysteme erfüllen müssen, die in den entsprechenden Empfehlungen von 2023 festgelegt sind", aber hier gibt es offene Fragen:
In Luxemburg war unter der vorherigen Regierung vorgesehen, dass ein ständiger Ethikausschuss auf staatlicher Ebene eingerichtet werden soll, der sich unter anderem aus Experten für KI-Systeme zusammensetzt. Gibt es diesen Ethikausschuss und falls es ihn gibt, weshalb hört man diesbezüglich nichts zu dessen Einschätzung der aktuellen Entwicklung?
Zudem stellt sich auch die Frage nach der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht der Rüstungsunternehmen, da diese in einem Hochrisikosektor aktiv sind. Inwieweit soll eine entsprechende Sorgfaltspflicht bei dem Aufbau dieses Wirtschaftssektors gelten. Konkrete Fälle in denen Unternehmen aus Wirtschaft und Finanzen in der Vergangenheit in Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren, weisen auf eindeutige Lücken in der Gesetzgebung hin, besonders was Dienstleistungen in Krisengebieten anbelangt. Deshalb braucht es auch hier klare Regeln im Bereich Menschenrechte und Rüstungsindustrie und keine ultrarapide Deregulierung.
Die internationalen Diskussionen in Genf vor zwei Wochen wurden durch die Resolution 80/58 der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Auftrag gegeben. Diese fanden vor dem Hintergrund zunehmender Berichte über durch KI verursachte Schäden in der Kriegsführung sowie des wachsenden Bestrebens statt, KI und Automatisierung bei der Anwendung von Gewalt einzusetzen. Ziel muss es sein, eine sinnvolle menschliche Kontrolle über die Anwendung von Gewalt zu gewährleisten und automatisierte Schäden zu verhindern. Es gilt jetzt dringend Verhandlungen über ein Rechtsinstrument aufzunehmen, um klare Leitlinien dafür festzulegen, wie im Zeitalter der KI und der Automatisierung eine menschliche Kontrolle gewahrt werden kann. Eine entmenschlichende und rücksichtslose Automatisierung von Gewalt ist inakzeptabel und muss sofort beendet werden.
Da jedoch noch kein solches Rechtsinstrument auf UN-Ebene existiert, ist es bedenklich, das Waffengesetz hierzulande abzuändern. Dies gilt besonders im Hinblick auf eine mögliche Drohnenproduktion. Die Risiken einer Eskalation und Verschärfung von Konflikten und Gefährdung der

[9] https://www.vatican.va/content/leo-xiv/de/encyclicals/documents/20260515-magnifica-humanitas.html#Waffen_und_KI_

[10] l'acquisition et l'usage de SAA, qui à ce jour ne sont pas encore planifiés, exigent la réalisation d'une analyse des risques pour les différents types de tels systèmes en prenant en compte les aspects technologiques, éthiques et légaux

[11] page 20 : Toutes les capacités possédant une IA intégrée devront par ailleurs respecter les critères éthiques et politiques en matière de Système d'armes autonomes, définis dans les recommandations en la matière de 2023.

Zivilbevölkerung sind hier real. Anstatt jetzt im Schnellverfahren das Waffengesetz zu ändern, wäre es sinnvoll, bestehende Gesetze auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen und z.B. die Lücken betreffend Dual-Use-Güter in der Gesetzgebung zu schließen, die nur Produkte und keine Dienstleistungen erfassen. Die dramatischen Folgen dieser Lücken hatten auch international Wellen geschlagen, als ein in Luxemburg ansässiges Unternehmen in der Operation SIRLI impliziert war[12].

Die wirtschaftliche Perspektive: **„Return on Investment" oder schlechtes Geschäft?**
Beim Return on Investment geht es um den finanziellen Rückfluss in die Staatskasse, der aus einer rüstungsindustriellen Basis und deren Geschäften entstehen soll. Wie viel „Return on Investment" sich die Regierung verspricht, wurde laut Presseberichten bislang nicht berechnet. Auch hier gilt es Studien und konkrete Zahlen vorzulegen. Es gibt bereits wissenschaftliche Studien, wie etwa die der Universität Mannheim „Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland" von Tom Krebs, Patrick Kaczmarczyk von Juni 2025: „Die vorliegende Studie analysiert die wirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten Steigerung der Militärausgaben in Deutschland auf Basis der vorhandenen wissenschaftlichen Evidenz. Die Analyse zeigt, dass der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben … nicht wesentlich größer als 0,5 ist, und eventuell sogar bei 0 liegen kann. **Ein zusätzlicher Euro für die Rüstungsindustrie schafft also höchstens 50 Cent zusätzliche gesamtwirtschaftliche Produktion, aber die zusätzlichen Staatsausgaben könnten auch gar keinen Produktionseffekt enthalten.** Zum Vergleich: Bei gezielten Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kann mit einem Fiskalmultiplikator von 2 gerechnet werden, und für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen kann der Multiplikator sogar auf 3 steigen." So folgern die Autoren, dass **aus ökonomischer Sicht die geplante Militarisierung der (deutschen) Wirtschaft eine risikoreiche Wette mit niedriger gesamtwirtschaftlicher Rendite ist".**
Eine zusätzliche Gefahr kommt laut der Studie noch hinzu: „In der aktuellen Situation steigern zusätzliche staatliche Rüstungsausgaben kaum die Produktion, sondern landen hauptsächlich als höhere Dividendenzahlungen in den Taschen der Eigentümer der Rüstungsunternehmen" (S.5).
Luxemburg möchte im Finanzbereich mit dem Aufbau der **Defense, Security, and Resilience Bank** (DSR Bank) in Partnerschaft mit Kanada jetzt auch in Finanzierung von und Investment in die Produktion militärischer Güter einsteigen. Eines der Ziele liegt darin, dass die DSR Bank dem traditionellen Kreditgeber zusichern soll, dass sie für den Kredit bürgt, wodurch das Unternehmen in Rüstung investieren kann und dies mit einem niedrigeren Zinssatz verbunden wäre.
In der Präsentation der DSR Bank[13], werden zum Teil die Probleme benannt, die mit der Finanzierung der Rüstungsindustrie direkt zusammenhängen wie die Zurückhaltung privater Investoren aus Gründen von Compliance. In der Tat schließen immer noch viele Investoren Rüstungsgüter aufgrund von Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsstandards (ESG) aus. Auch wenn der Druck zunimmt, dies aufzuweichen, so gilt bei vielen Anlegern eine Investition in Rüstung als „sozial schädlich." Begrenzte Skaleneffekte und ein starker Anstieg der Preisinflation bei Aufrüstung kommen in Europa hinzu.
Luxemburg beteiligt sich mit seiner Rolle bei der DSR Bank maßgeblich, um die Aufrüstungsspirale drehen zu lassen und trägt zudem zu einer Militarisierung des Finanzplatzes bei.

Die gesellschaftliche Perspektive: Verteidigung geht uns alle an!
Grundlegende Änderungen in der luxemburgischen Rüstungspolitik (von Dual Use zu „militärischem Equipment", Rüstungsgütern und/oder Kriegswaffen) erfordern einen **gesellschaftlichen Dialog zur Sicherheitspolitik**, in dem zivilgesellschaftliche Gruppen beteiligt werden, der friedensethische Perspektiven, entwicklungspolitische Zusammenhänge und menschenrechtliche Fragen beleuchtet.
In der aktuellen Situation darf **die Rüstungsindustrie nicht privilegierter Gesprächspartner** bleiben**.** Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat Justice & Paix den Vorschlag eines ständigen und strukturierten Dialogs zu verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen in die Diskussion gebracht, der vom vorherigen Verteidigungsminister positiv aufgenommen wurde. In Zeiten wo das Recht des Stärkeren immer mehr die Stärke des Rechts zu verdrängen scheint, sollte Luxemburg sich verstärkt in den **Aufbau einer Rüstungskontrollarchitektur** engagieren, in diplomatische Initiativen zur Begrenzung der aktuellen Hochrüstung. Luxemburg kann dabei an eine starke Tradition der Unterstützung regelbasierter internationaler Zusammenarbeit anknüpfen.

[12] https://egypt-papers.disclose.ngo/fr/chapter/cae-aviation

[13] https://www.dsrb.org/what-is-the-dsrb